

## Inhalt

### 1-5 Im Blickpunkt

- **Erwartungen der Städte für 2018: Investitionen stärken, Ganztagschulen ausbauen, nachhaltige Mobilität fördern**
- **Deutscher Städtetag fordert mehr Engagement für Luftreinhaltung**
- **Reform der Grundsteuer nötig**
- **Deutscher Städtetag würdigt ehemalige Präsidentin Dr. Eva Lohse**

### 6-10 Forum

- **Weltklimakonferenz in Bonn – Städte gehen klimapolitisch voran**  
Von Sabine Drees und Monika Zimmermann
- **Die Hanse trifft sich 2018 in Rostock**  
Von Roland Methling

### 11 Aus den Städten

### 12 Fachinformationen

### 13 Personalien

### 16 Termine

## Deutschland braucht stabile Regierung: Gleichwertige Lebensverhältnisse fördern

Der Deutsche Städtetag appellierte Ende Januar an CDU, CSU und SPD, einen kommunalfreundlichen Koalitionsvertrag vorzulegen. „Wer die Kommunen stärkt, verbessert die Lebensqualität für die Menschen in Deutschland. Die Sondierungsergebnisse enthalten bereits mehrere gute Ansätze, die jetzt in den Koalitionsverhandlungen konkretisiert werden müssen“, sagte der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster, der Deutschen Presse-Agentur. Lewe begrüßte aus den Sondierungsergebnissen zum Beispiel die angekündigte Wohnraumoffensive, die geplanten höheren Mittel für die kommunale Verkehrsinfrastruktur und dass die Programme zur Finanzierung der Flüchtlingskosten fortgeführt werden sollen. In diesen Fragen sei noch Arbeit an den Details nötig. Der Städtetag drängte darauf, dass die Pläne für einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern korrigiert werden. Ein Rechtsanspruch dürfe nicht in der kommunalen Kinder- und Jugendhilfe verankert werden. Lewe: „Schulen sind Ländersache. Die Länder sollten deshalb die Ganztagschulen ausbauen und der Bund sollte sie dabei finanziell hinreichend unterstützen.“ Zu begrüßen sei die angekündigte Investitionsoffensive für Schulen.

Im Finanzbereich hält der Städtetag eine Entlastung der Kommunen bei den Sozialausgaben für besonders wichtig. „Der Bund hilft hier zwar bereits. Er sollte diesen Weg aber fortsetzen, damit die Städte nicht nur vorübergehend, sondern dauerhaft entlastet werden“, so Lewe. Außerdem müsse der Bund sich zügig mit den Ländern über eine Neuregelung für die Grundsteuer verständigen.

Bereits am 13. Januar hatten Städtetagspräsident Markus Lewe und Vizepräsident Dr. Ulrich Maly aus Nürnberg die Ergebnisse der Sondierungsgespräche unter anderem so bewertet: „Deutschland braucht eine stabile Regierung. Der erfolgreiche Abschluss der Sondierungsgespräche ist deshalb ein Signal, das zuversichtlich macht.“

Die Städte begrüßten, dass der Bund das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in handlungsfähigen Kommunen verfolge. „Die geplante Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ unterstützen wir und werden uns darin aktiv beteiligen. Die von hohen Kassenkrediten und Altschulden betroffenen Städte dürfen mit ihren Problemen nicht allein gelassen werden. Es ist gut, dass sich der Bund dieses Themas annehmen will.“ Mit Blick auf mögliche Koalitionsverhandlungen, so Lewe und Maly nach der Sondierung, setze der Städtetag zum Beispiel darauf, dass beim Thema Luftreinhaltung die Frage der Blauen Plakette aufgerufen wird.

# Städte brauchen kommunalfreundliche Bundesregierung: Investitionen stärken, Ganztagschulen ausbauen, nachhaltige Mobilität fördern

---

Der neue Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Münster, Markus Lewe, der sein Amt beim Städtetag am 1. Januar 2018 antrat, stellte am 28. Dezember 2017 in Berlin vor der Bundespressekonferenz die Erwartungen der Städte für das Jahr 2018 vor.

Die Städte in Deutschland halten im Jahr 2018 wichtige Weichenstellungen von Bund und Ländern für nötig: für mehr Investitionen in die kommunale Infrastruktur, für die Förderung nachhaltiger Mobilität, die Finanzierung der Integration und den Ausbau von Ganztagschulen. Vor diesem Hintergrund appelliert der Deutsche Städtetag vor dem Jahreswechsel an CDU, CSU und SPD, in ihren Gesprächen zügig zu klären, wie und mit welchen Inhalten eine neue Bundesregierung gebildet werden kann. Der neue Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Münster, Markus Lewe, sagte: „Wir wollen Städte mit hoher Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger. Wir tragen als Städte zur politischen und wirtschaftlichen Stabilität unseres Landes bei. Und wir fördern den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft. Deshalb gehen viele Themen der Kommunen auch Bund und Länder an, die uns nach besten Kräften unterstützen sollten.“

Lewe weiter: „Wir brauchen im neuen Jahr rasch eine stabile Bundesregierung, die auch kommunalfreundlich agiert. Es gibt zu viele Aufgaben, die nicht auf die lange Bank geschoben werden dürfen. Dazu gehört ein Bündnis von Bund und Ländern für mehr Investitionen, um den kommunalen Investitionsstau von etwa 126 Milliarden Euro zu reduzieren. Außerdem brauchen wir Klarheit darüber, dass sich der Bund ab 2019 weiter an der Daueraufgabe Integration finanziell beteiligt. Das ist nötig, damit die Kommunen ihre Integrationsaufgaben gut erfüllen können. Auch die fluchtbedingten Kosten der Unterkunft im Sozialgesetzbuch II (Hartz IV) muss der Bund über 2018 hinaus übernehmen.“

Mit Blick auf die Investitionen wies Lewe darauf hin, dass die Kommunen – anders als zum Teil behauptet – die Investitionsförderprogramme von Bund und Ländern intensiv nutzen. So gehe aus einer Übersicht des Bundesfinanzministeriums hervor, dass Mitte 2017 bereits 3,1 von 3,5 Milliarden Euro aus dem ersten

Teil des Bundesprogramms für Investitionen in finanzschwachen Kommunen fest verplant waren. Das seien 87 Prozent der Mittel des Programms, das 2020 endet. „Die Zahlen zeigen: Die Städte brauchen das Geld und nutzen es. Investiert wird bisher vor allem in energetische Sanierung von Schulen, in Barrierefreiheit und Lärmschutz. Abgerechnet wird in großem Umfang erst am Schluss, das ist die Logik solcher Programme“, so Lewe. Deshalb sei die niedrige Summe der bisher abgeflossenen Fördermittel wenig aussagekräftig.

Problematisch sei allerdings die Unberechenbarkeit von solchen Ad-hoc-Förderprogrammen: „Wenn die Investitionskraft der Städte dauerhaft gestärkt würde, wäre das viel hilfreicher als eine punktuelle Förderung. Dann können die Städte gezielt mehr planen und bauen sowie für diese Aufgaben das nötige Personal einstellen. In diesem Jahr konnten die Kommunen voraussichtlich nur rund 27 Milliarden Euro investieren. 2018 werden es schätzungsweise etwa 29 Milliarden Euro sein. Das ist bei einem kommunalen Investitionsstau von derzeit 126 Milliarden Euro laut KfW viel zu wenig. Kommunale Investitionen kommen den Menschen zugute und bringen den Wirtschaftsstandort Deutschland voran. Bund und Länder sollten deshalb unbedingt die kommunale Investitionskraft dauerhaft stärken.“ Aus Sicht der Städte ist dafür ein höherer Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer der richtige Weg. In diesem Jahr erhalten die Gemeinden voraussichtlich 2,7 Prozent des Umsatzsteueraufkommens.

## Betreuung von Grundschulkindern ausbauen

---

Zur Diskussion um die ganztägige Betreuung von Grundschulkindern forderte Lewe einen Ausbau der Ganztagschulen: „Alle wollen mehr Betreuung für Grundschulkindern, auch die Städte. Denn vielen Eltern ist wichtig, dass ihre Kinder, die am Vormittag in der Grundschule lernen, auch nachmittags betreut und gefördert werden. Die Städte warnen jedoch die Bundespolitik davor, hier auf das falsche Pferd zu setzen. Ein Rechtsanspruch auf Nachmittagsbetreuung und -förderung darf nicht durch Bundesgesetz geregelt werden, wie dies die Parteien der Sondierungen in ihren Wahlprogrammen vorgesehen haben. Dann würde die kommunale Kinder- und Jugendhilfe für eine Bildungsaufgabe zuständig, die in die Hand der Schulen und damit der Länder gehört. Ein vom Bund

in der kommunalen Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) angesiedelter Rechtsanspruch wäre ein Armutszeugnis für den Föderalismus.“

Ganztagsschulen können den Bildungsanspruch mit ihren abgestimmten Angeboten am Vor- und Nachmittag erfüllen und die Kinder optimal voranbringen. Deshalb, so Lewe, unterstützen die Städte es, wenn die Schulen mehr Kinder ganztägig betreuen und pädagogisch durchdacht fördern. Im Jahr 2015 wurden 32 Prozent der Grundschul Kinder in Ganztagschulen und weitere 16 Prozent nachmittags in Horten betreut. Eine Prognos-Studie im Auftrag des Bundesfamilienministeriums schätzt, dass für 560.000 Kinder zusätzliche Plätze oder umfangreichere Betreuungszeiten erforderlich sind. „In den Bundesländern haben sich bereits Nachmittagsmodelle für Grundschüler etabliert. Diese Angebote sollten die Länder ausbauen und dabei vom Bund finanziell unterstützt werden“, betonte Lewe.

### Kommunale Altschulden anpacken

Bund und Länder müssen ab 2018 auch das Problem der kommunalen Altschulden anpacken, forderte der neue Städtetagspräsident: „Die Städte dürfen mit den hohen Risiken der kommunalen Altschulden nicht alleine gelassen werden. Allein die kommunalen Kassenkredite verharren trotz guter Konjunktur auf einem Niveau von fast 50 Milliarden Euro.“ Viele Städte sind aus eigener Kraft nicht in der Lage sich von den

erdrückenden Altschulden zu befreien. „Deshalb brauchen die betroffenen Städte in dieser Legislaturperiode Unterstützung von Bund und Ländern. Das steigende Zinsrisiko gefährdet die Stabilität der betroffenen Kommunalhaushalte. Es muss verringert werden und danach muss ein Abbau der Altschulden beginnen können. Entschuldungshilfen werden sicher mit Konsolidierungsaufgaben einhergehen, das ist den Städten bewusst“, so Lewe.

### Zukunftsfähige Mobilität braucht vernetzte Angebote

Die Städte fordern Bund und Länder zudem auf, deutlich mehr als bisher in die Verkehrsinfrastruktur zu investieren. Lewe: „Wir müssen jetzt die Weichen stellen für zukunftsfähige Mobilität und eine umweltverträgliche Fortbewegung. Vor allem der öffentliche Personennahverkehr ist seit langem erheblich unterfinanziert. Deshalb muss der Bund weiterhin mit in der Finanzierungsverantwortung bleiben. Nur dann schaffen wir es, Busse und Bahnen so attraktiv zu machen, dass die Menschen auch darauf umsteigen. E-Mobilität, Carsharing und das Fahrrad sind wichtige ergänzende Angebote, die klug vernetzt werden müssen. Das würde helfen, die Luftqualität zu verbessern und den Klimaschutz zu fördern.“ Eine nachhaltige Mobilität ermögliche auch gesellschaftliche Teilhabe und verbessere das Wirtschaftsleben. Auch das Auto werde weiterhin eine Rolle spielen, so der neue Städtetagspräsident.

## Dedy: „Wir brauchen 2018 messbare Erfolge für saubere Luft – Eigenanteil der Kommunen bei Mobilitätsfonds reduzieren“

Der Deutsche Städtetag hält es für entscheidend, dass 2018 messbare Erfolge beim Kampf gegen zu hohe Stickoxid-Werte in den Städten erzielt werden. Der kommunale Spitzenverband erwartet dafür mehr Engagement von der Autoindustrie und appelliert an Bund und Länder, stärker in den Öffentlichen Personennahverkehr zu investieren. Die Städte setzen bereits Sofortmaßnahmen für eine saubere Luft in den Städten um. Sie fordern, dass sie die Mittel aus dem Mobilitätsfonds von einer Milliarde Euro ohne oder nur mit geringem Eigenanteil nutzen können. Andernfalls werde einer Reihe von Kommunen der Mittelabruf erschwert und dauere es deutlich länger, bis Projekte anlaufen und wirken können. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, sagte am 28. Dezember 2017 vor der Bundes-

pressekonferenz in Berlin: „Im neuen Jahr kommt die Stunde der Wahrheit. Dann werden wir sehen, ob den Gerichten ausreicht, was bisher passiert ist, um die Stickoxid-Emissionen zu senken. Im Verkehr in der Stadt verursachen Diesel-Pkw bis zu drei Viertel der Stickoxid-Emissionen. Um durchschlagende Erfolge zu erzielen, ist deshalb in erster Linie die Automobilindustrie als Verursacher in der Pflicht, die Diesel-Fahrzeuge sauberer zu machen. Die von den Herstellern zugesagten Software-Updates müssen schnellstens in den betroffenen Diesel-Autos installiert werden. Die Automobilindustrie muss kurzfristig darlegen, was die Updates in der Praxis tatsächlich und wie schnell bewirken.“ Die Bundesregierung solle deshalb möglichst bald im neuen Jahr den zweiten Dieseltipp mit der Industrie einberufen. Dann müsse auch erneut

diskutiert werden, ob eine Hardware-Nachrüstung der älteren Fahrzeuge nötig wird: „Wir alle wollen Fahrverbote vermeiden. Aber klar ist auch: Nur wenn die Grenzwerte auf der Straße eingehalten werden, ist die Gefahr gebannt, dass Gerichte Fahrverbote verordnen.“ Wie ernst die Lage sei, zeige auch die drohende Klage der EU-Kommission gegen Deutschland wegen anhaltender Überschreitung von Grenzwerten der Luft in mehreren Städten und Regionen. Die Klage könne zu hohen Strafzahlungen der Bundesrepublik führen, so Dedy. Am 22. Februar verhandelt zudem das Bundesverwaltungsgericht zu den Luftreinhalteplänen für die Landeshauptstadt Düsseldorf sowie für die Landeshauptstadt Stuttgart.

### **Bund muss Blaue Plakette ermöglichen**

---

Der Deutsche Städtetag fordert eine Blaue Plakette, damit die Städte bei möglichen Fahrverboten praktikabel handeln können. Hauptgeschäftsführer Dedy: „Wenn es eine Blaue Plakette gibt, zeigen wir doch, dass man im Falle von gerichtlich verhängten Fahrverboten unterscheiden muss – zwischen älteren Diesel-Autos, die als Hauptverursacher von Stickoxiden gelten und neuen Diesel-Fahrzeugen, die weiterhin fahren können. Wir brauchen dann eine Lösung, die funktioniert, die Gesundheit der Menschen schützt und den Verkehr in den Städten nicht lahmlegt.“ Dazu werde es auch kluge Ausnahmeregelungen geben müssen.

### **Städte haben hohe Stickoxid-Werte nicht hervorgerufen**

---

Der Städtetags-Hauptgeschäftsführer machte deutlich, die Städte seien nicht die Verursacher des Stickoxid-Problems. Sie werden es mit ihren Maßnahmen mindern, aber nicht lösen können. Gleichwohl setzen Städte ihre Sofortmaßnahmen für eine stärkere Luftreinhaltung auf eigenes Finanzierungsrisiko bereits um, bevor ihnen das Geld aus dem Mobilitätsfonds zugesagt wird. Dass ab Ende November sofort mit bestimmten Maßnahmen begonnen werden durfte, hatten die Städte in den Verhandlungen mit dem Bund durchgesetzt. So rüsten sie nun zum Beispiel schneller als geplant Busflotten auf umweltfreundliche Antriebe um oder bauen die E-Mobilität aus. „Der Mobilitätsfonds hilft und wird derzeit Schritt für Schritt umgesetzt. Aber elf Förderrichtlinien und zu hohe Eigenanteile der Städte erschweren den Abruf der Mittel“, sagte Dedy. Der Städtetag setze sich seit Wochen dafür ein, dass die Städte die Mittel aus dem Mobilitätsfonds ohne oder nur mit geringem Eigenanteil nutzen können. Für finanzschwache Kommunen werde nun der Eigenan-

teil in mehreren Programmen verringert. Insbesondere die Maßnahmen zur Digitalisierung des Verkehrs, für intelligente Verkehrsplanung und -steuerung sowie Vernetzung – hierfür stehen 400 Millionen Euro zur Verfügung – sollen dagegen aus dem Fonds grundsätzlich nur mit 50 Prozent gefördert werden. „Das ist zu wenig, damit die Maßnahmen schnell anlaufen und wirken können. Die überhöhten Stickoxid-Werte sind eindeutig nicht durch städtisches Tun, Dulden oder Unterlassen hervorgerufen. Wenn die Städte in der Regel die Hälfte der Kosten als Eigenanteil aufbringen müssen, verzögert sich vieles. Eigenmittel im zweistelligen Millionenbereich sind zudem bisher in keiner der betroffenen Städte eingeplant. Eine Kofinanzierung durch die Länder ist unsicher. Deshalb sollte der Bund seinen Richtlinien-Entwurf korrigieren.“

Mit Blick auf das Volumen des Fonds sagte Dedy: „Der bisher mit einer Milliarde dotierte Fonds ist nur ein Baustein zur Problemlösung. Er wird dringend gebraucht, darf aber keine Eintagsfliege bleiben. Der Mobilitätsfonds muss auch in den Folgejahren fortgeführt werden. Das sollten CDU, CSU und SPD bei ihren Gesprächen in Berlin fest verabreden.“ Eine Folgeförderung hatte die Kanzlerin beim Treffen mit den Städten Ende November bereits politisch in Aussicht gestellt.

### **Investitionen in nachhaltige Mobilität**

---

Ein großer Teil der Vorschläge der Städte für nachhaltige Mobilität wird durch die Förderrichtlinien nicht berücksichtigt. „Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, der Ausbau des Radverkehrs, zusätzliche Fahrzeuge für einen dichteren ÖPNV-Takt und mehr Angebote im ÖPNV, die Menschen an der Haustür aufzunehmen, werden nicht durch den Mobilitätsfonds gefördert. Dabei ist der Bedarf riesengroß und die Nutzerzahlen im ÖPNV sollen ja auch weiter steigen.“ Der Effekt wären nicht nur sinkende Stickoxid-Emissionen. Investitionen in nachhaltige Mobilität sind auch gut für den Klimaschutz und für bessere Luft. Sie würden Lärm mindern und Energie einsparen und so zu einer besseren Lebensqualität in den Städten beitragen. „Deshalb fordern wir, dass der Bund in der Finanzierungsverantwortung für den öffentlichen Personennahverkehr bleibt. Nach jetzigem Stand verabschiedet sich der Bund im Jahr 2020 aus der Finanzierungspflicht und will das Projekt nachhaltige Mobilität in Deutschland den Ländern überlassen. Doch diese Aufgabe ist viel zu groß, um es allein zur Ländersache zu machen“, machte Dedy deutlich. Eine neue Bundesregierung müsse sich auch in diesem Punkt bewegen.



## Reform der Grundsteuer nötig – Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht

Die Städte appellieren an Bund und Länder, schnellstmöglich eine Gesetzesinitiative zur Reform der Grundsteuer auf den Weg zu bringen. Das Bundesverfassungsgericht verhandelte am 16. Januar erstmals mündlich darüber, ob die Regelungen zur Grundsteuer noch verfassungsgemäß sind. Dazu sagte Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, der Funke-Mediengruppe: „Die Städte befürchten, dass die Grundsteuer in der heutigen Form für unvereinbar mit dem Grundgesetz erklärt werden könnte. Für die Städte und Gemeinden steht hier viel auf dem Spiel: Es geht um ihre zweitwichtigste Steuer mit aktuell rund 13 Milliarden Euro jährlich. Deshalb muss der Bundesgesetzgeber rasch handeln und eine geordnete Reform mit eigener Zeitplanung

auf den Weg bringen. Um die Grundsteuer gesetzlich neu zu regeln und den gesamten Grundbesitz neu zu bewerten, sind aus Sicht der Städte mehrere Jahre nötig. Die Grundsteuer hilft den Städten, ihre Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen. Die Städte fordern seit langem eine Grundsteuer-Reform. Die aktuelle Bewertung des Grundvermögens stützt sich immer noch auf Wertverhältnisse, die im Jahr 1964 und für Ostdeutschland sogar im Jahr 1935 galten. Damit steht die Bemessungsgrundlage der Grundsteuer auf wackeligen Füßen. Die Städte appellieren deshalb an Bund und Länder, auf der Basis des von Hessen und Niedersachsen vorgelegten Reformvorschlags eine Einigung zu erreichen, die alle Länder mittragen können.“

## Deutscher Städtetag würdigt ehemalige Präsidentin „Dr. Eva Lohse hat die Anliegen der Städte grandios vertreten“

Der Deutsche Städtetag würdigt seine Präsidentin Dr. Eva Lohse, Oberbürgermeisterin der Stadt Ludwigshafen am Rhein, als Kommunalpolitikerin mit Leib und Seele und erfolgreiche Botschafterin für lebenswerte Städte. Mit großer Überzeugungskraft vertrat sie die Städte gegenüber der Bundespolitik und auf europäischer Ebene. Das erklärten am 11. Dezember 2017 anlässlich der Verabschiedung von Dr. Eva Lohse in Ludwigshafen der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly aus Nürnberg, und Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy. Sie dankten ihr für ihren unermüdlichen Einsatz für die Städte.

Vizepräsident Dr. Ulrich Maly erklärte: „Eva Lohse hat die Interessen der Städte grandios vertreten – charmant und bestimmt. Sie war mit großem Engagement für die Sache aller Städte und ihrer Bürgerinnen und Bürger unterwegs. Zugleich war ihre Liebe für ihre Heimatstadt Ludwigshafen am Rhein und die Empathie für die Menschen dort immer zu spüren. Mit Herzblut kämpfte sie für Chancengerechtigkeit und gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land. Sie forderte immer wieder ausreichende Handlungsspielräume ein, gerade auch für strukturschwache Städte und Regionen.“ Eva Lohses Verhandlungsstil sei unaufgeregt und immer an der Sache orientiert gewesen, auch beim bleibenden Thema Zuwanderung und Integration von Flüchtlingen, das ihre Amtszeit beson-

ders prägte. „Persönlich danke ich ihr für die gute und enge Zusammenarbeit, die uns viereinhalb Jahre lang an der Spitze des Deutschen Städtetages besonders verbunden hat“, betonte Maly.

Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy sagte: „Als Präsidentin und Vizepräsidentin hat sich Eva Lohse mit großer Energie für die Städte eingesetzt. Sie verschaffte ihnen Gehör. In ihrer Amtszeit gab es, ausgelöst durch die Themen Flüchtlingspolitik und Integration sowie Luftreinhaltung, so viele Treffen des Städtetages mit der Regierungsspitze wie noch nie. Eva Lohse hat diesen intensiven Kontakt mit der Bundespolitik gepflegt, um die Positionen der Städte deutlich zu machen, für sie zu werben und sie zu begründen. Diesen Weg werden wir im Interesse der Städte weiter gehen.“

Inhaltliche Schwerpunkte setzte Dr. Eva Lohse in ihrer Amtszeit auch bei der Entlastung der Städte von Sozialausgaben, beim Thema Zukunft des Handels in den Städten und bei Debatten zur Stadtentwicklung. Die Christdemokratin war seit Juni 2015 Präsidentin des Deutschen Städtetages und zuvor zwei Jahre Vizepräsidentin. Seit dem Jahr 2002 war sie Oberbürgermeisterin der Stadt Ludwigshafen am Rhein. Nachfolger als Präsident des Deutschen Städtetages ist seit 1. Januar 2018 der Oberbürgermeister der Stadt Münster, Markus Lewe.

## Weltklimakonferenz COP 23 in Bonn – Städte gehen klimapolitisch voran

Von Sabine Drees und Monika Zimmermann

Städte und Regionen waren auf der Weltklimakonferenz vom 6. bis 17. November 2017 in Bonn so präsent wie noch nie zuvor: Durch einen großen eintägigen Gipfel der kommunalen Verantwortungsträger, durch eine zweiwöchige Präsenz im Städte-Pavillon und durch viele weitere Veranstaltungen. Sie machten deutlich: Nationale Beiträge zur Bewältigung der negativen Folgen des Klimawandels reichen nicht aus. Die Kommunen und Regionen spielen eine entscheidende Rolle, um die Klimaziele zu erreichen.

Aufgabe dieser 23. Weltklimakonferenz (COP 23) war es, die Weichen für die Umsetzung des Pariser Abkommens zu stellen. Was im Pariser Klimaabkommen allgemein formuliert ist, wollten die Vertragsstaaten nun in konkrete Pläne fassen. Zwar saß die subnationale Ebene, also Städte und Regionen sowie viele Initiativen und Verbände, noch nicht an den Verhandlungstischen, konnte jedoch ihrem Drängen nach schnellem und zielgerichtetem Klimahandeln aller Akteure deutlich Gehör verschaffen.

In der gemeinsam verabschiedeten Resolution bekannten sich über 1000 kommunale und regionale Führungskräfte aus 86 Ländern dazu, die Ziele des Pariser Abkommens in ihren jeweiligen Zuständigkeiten und Rechtssystemen umzusetzen. Können diese Selbstverpflichtungen gänzlich erfüllt werden, führen sie zu einer Verringerung von 5,6 Gigatonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent (GtCO<sub>2</sub>e) bis 2020 und 26,8 GtCO<sub>2</sub>e bis 2050. Dies würde dem Stand der CO<sub>2</sub>-Emissionen von 1990 entsprechen.

### Bula-Zone und Bonn-Zone

Die Weltklimakonferenz stand unter der Präsidentschaft Fidschis, die Bundesstadt Bonn fungierte als lokaler Gastgeber. Dort trafen sich zwölf Tage lang Verhandlungsgruppen aus 195 Staaten, um an der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens von 2015 zu arbeiten. In diesem Abkommen verpflichteten sich alle teilnehmenden Staaten, den Anstieg der Erdtemperatur auf deutlich unter 2 Grad zu begrenzen und sich anzustrengen, auch die 1,5 Grad-Grenze nicht zu überschreiten. Zweitens wollen sie die Anpassungs- und Widerstandsfähigkeit gegenüber den unvermeidbaren Folgen des Klimawandels stärken. Drittens



Der Freiburger Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon präsentiert für den Deutschen Städtetag die Initiative „SDG-Indikatoren für Kommunen“ während der Weltklimakonferenz in Bonn.

Foto: ICLEI

sollen die Finanzflüsse der Weltwirtschaft in Richtung einer klimafreundlichen Wirtschafts- und Lebensweise – also weg von den fossilen Brennstoffen – umgelenkt werden.

Die Konferenz tagte an zwei Orten: Zum einen gab es die Verhandlungszone „Bula-Zone“. Bula heißt auf Fidschianisch „Willkommen“. Zum anderen wurde mit der „Bonn Zone“ ein Ort geschaffen, um Regionen, Länder, Kommunen, Nichtregierungsorganisationen, Wirtschaft und Wissenschaft zu beteiligen. Finanziell wurde diese Präsenz gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz; Bau und Reaktorsicherheit. Die Organisation übernahm der Verband ICLEI-Local Governments for Sustainability mit seinem Weltsekretariat in Bonn und wurde unterstützt von einer breiten Koalition von Verbänden und Initiativen der Kommunen und Regionen, so auch vom Deutschen Städtetag.

### Gipfel der Städte und Regionen am 12. November 2017

Beim „Klimagipfel der lokalen und regionalen Entscheidungsträger“ zeigten die Verantwortlichen: Städte können insbesondere bei der Dekarbonisierung des Energiesektors, beim Verkehr, durch Planungsverfahren und bei Gebäuden Weichen für eine CO<sub>2</sub>-neutrale

Entwicklung stellen. Während des Gipfels wurden dazu neue Initiativen, Projekte, inter-kommunale Kooperationen und Vorhaben vorgestellt, die durch konkretes Handeln vor Ort die Pariser Klimaziele unterstützen.

Hans-Joachim Fuchtel, parlamentarischer Staatssekretär aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sagte: „Ohne die Städte kann der Kampf gegen den Klimawandel nicht gewonnen werden, aber die Städte können den Kampf auch nicht alleine gewinnen.“

Als Vertreter des Deutschen Städtetages präsentierte Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon aus Freiburg im Breisgau die Initiative „SDG-Indikatoren für Kommunen“, die als eine von 20 offiziellen Initiativen des Gipfels der Regionen und Kommunen der Weltklimakonferenz ausgewählt wurde. Er forderte, dass kommunale Vertreter in die deutsche Verhandlungsdelegation aufgenommen werden müssen, um mitgestalten zu können, wie sich Deutschland klimapolitisch aufstellt. Schließlich betreffe ein Großteil der erforderlichen Maßnahmen die Kommunen. Viele Regierungen aus Staaten wie Südafrika, Spanien, Senegal oder Brasilien beteiligten bereits die kommunale Ebene, nicht aber Deutschland. Oberbürgermeister Salomon würdigte, dass der Gipfel der Regionen und Kommunen in Bonn erstmalig innerhalb der Weltklimakonferenz am Veranstaltungsort stattfinden konnte. Zuvor organisierte ICLEI zwar Gipfel hochrangiger Kommunalvertreter während der UN-Klimakonferenzen, allerdings nur als kommunale und regionale Side Events.

Die gemeinsam verabschiedete Resolution mit dem Bekenntnis, die Ziele des Pariser Abkommens vor Ort umzusetzen, war der krönende Abschluss.

## Beiträge der Kommunen

Wie diese Selbstverpflichtungen auf kommunaler Ebene mit Leben gefüllt werden können, stellten einige Städte im „Talanoa Space“ der Konferenz vor. Talanoa bedeutet in der Fidschi-Sprache einen inklusiven und transparenten Austausch und ist nun auch der Name für Dialogprozesse zwischen Regierungen, die der Weltklimakonferenz folgen. Zahlreiche Mitglieder des Deutschen Städtetages beteiligten sich an dieser Talanoa Zone. Koordiniert wurden die Auftritte vom Deutschen Städtetag.

So veranstalteten die Städte Freiburg im Breisgau, Hannover und die südafrikanische Stadt Kapstadt gemeinsam mit der internationalen Städteplattform

„Connective Cities“ eine Podiumsdiskussion zum Thema „Den Energieverbrauch auf 50 Prozent reduzieren – realistische Ziele oder Märchen? Lokale Erfahrungen und internationaler Austausch „Connective Cities“ – ein Gemeinschaftsprojekt der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit, Engagement Global und des Deutschen Städtetages – ist eine internationale Städteplattform, die im Rahmen von Dialogveranstaltungen und Projektwerkstätten kommunale Experten weltweit vernetzt. „Herzstück von Connective Cities ist die kollegiale Beratung. Ob es um Abwasser oder erneuerbare Energien geht: Kommunalexperten aus aller Welt stehen vor sachverwandten Herausforderungen und können sich untereinander hervorragend unterstützen“, erklärte Dr. Manfred Poppe, Leiter des Vorhabens Connective Cities. Die Stadt Freiburg im Breisgau ist beispielsweise führend bei der ökologischen Verkehrsmittelwahl, sagte Dr. Klaus von Zahn, Leiter des Umweltschutzamtes in Freiburg. Während 1982 noch 39 Prozent der Freiburger das Auto nutzten, sind es heute nur noch 21 Prozent. Alle anderen laufen, nutzen Fahrräder oder den öffentlichen Nahverkehr.



Impression vom Talanoa-Space – Kommunen präsentieren ihre Ideen.  
Foto: Sebastian Schlecht

Sarah Ward aus Kapstadt erklärte, dass in Entwicklungs- und Schwellenländern oftmals die wirtschaftliche Entwicklung höhere Priorität habe als der Klimaschutz. „Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit sind tatsächlich jedoch kein Widerspruch. Durch erneuerbare Energien werde die Versorgungssicherheit erhöht, Energieimporte werden vermieden, was Kostensicherheit und verbesserten Zugang zu Energie bringt. Investitionen bringen langfristige Wertschöpfung und es werden neue Arbeitsplätze geschaffen.“ Das gelte auch für Frankfurt am Main, sagte Wibke Fiebig,



Leiterin der Abteilung Energie der Stadt Frankfurt. „Jedes Jahr werden in der Metropole am Main zwei Milliarden Euro für Energie ausgegeben, Erneuerbare und Effizienzsteigerungen beim Energieverbrauch sind auch eine Chance, das Geld in der Region zu halten“.



Regier Austausch auf der Weltklimakonferenz COP 23 in Bonn.  
Foto: ICLEI

Grüne Stadtentwicklung hat auch die Stadt Essen vorangebracht: „Ich freue mich sehr, dass wir die Möglichkeit bekommen haben, auf der Weltklimakonferenz unsere Transformationsgeschichte von einer Kohle- und Stahlstadt zur drittgrünsten Stadt Deutschland zu erzählen und grüne Projekte vorzustellen, die unsere Stadt und unsere Region nachhaltig prägen“, sagte Simone Raskob, Umwelt- und Baudezernentin der Stadt Essen und Projektleiterin der Grünen Hauptstadt Europas – Essen 2017. Auch Verbraucher profitieren von grünen Technologien. Gordon Appel, Leiter Produktmanagement der Stadtwerke Konstanz präsentierte für den Verband kommunaler Unternehmen ein neues Modell für Stromverbrauch für Mieter auf der Basis smarterer Technologien. Dabei werden Mieter finanziell belohnt, deren Energieverbrauch sich aus erneuerbaren Energien speist. „Kommunale Unternehmen sind aufgrund ihres Know-hows beim Ausbau

dezentraler Erzeugung sowie dem Messstellenbetrieb und der Vernetzung vor Ort der ideale Partner zur Umsetzung von Mieterstromprojekten“, so Appel.

### **Verankerung von Klimazielen in der Regional- und Stadtentwicklung**

Hitzewellen, Überschwemmungen und kräftige Stürme – die Region Stuttgart hat überlegt, wie Klimaschutz- und Klimaanpassungsziele in der Regional- und Stadtentwicklung verankert werden können? „Wer handeln will, muss wissen, was auf ihn zukommt“ – gemäß dieser Maxime des Verbands Region Stuttgart präsentierte Dr. Christoph Hemberger die klimatischen Datengrundlagen, die der Verband den Städten und Gemeinden zur Verfügung stellt. Projekte zur regionalen Klimastrategie und Klimaanpassung ziehen sich wie ein roter Faden durch die Arbeit der Region, speziell bei der Regionalplanung. Dazu gehören: Freiräume schützen als „natürliche Klimaanlagen“ oder natürliche Überschwemmungsflächen freihalten.

Wachsende Großstädte wie die Landeshauptstadt Hannover müssen einen stark steigenden Wohnungsbedarf meistern. „Neu Bauen“ heißt auch gleichzeitig Stadt- und Lebensraum gestalten für viele Jahrzehnte. Dabei sind trotz des Zeitdrucks wichtige Einflussfaktoren gleichermaßen zu berücksichtigen. Es geht darum Grün- und Freiflächen zu erhalten, energetische Hocheffizienz-Standards umzusetzen, erneuerbare Energien (z. B. Solaranlagen) beim Bauen zu berücksichtigen im Sinne eines nahezu klimaneutralen Gebäudebestands bis 2050 sowie zukunftsweisende Mobilitätskonzepte und soziale, kulturelle und wirtschaftliche Aspekte zu berücksichtigen, berichtete Astrid Hoffmann-Kallen von der Klimaschutzleitstelle Hannover.

**Sabine Drees**  
Referentin des Deutschen Städtetages  
**Monika Zimmermann**  
Deputy Secretary General, ICLEI –  
Local Governments for Sustainability

Die nächste Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen „COP 24“ wird in Polen in Katowice stattfinden. Weitere Informationen finden Sie unter [www.cities-and-regions.org](http://www.cities-and-regions.org).



## Die Hanse trifft sich 2018 in Rostock

Von Roland Methling

Das hat wirklich lange gedauert: In diesem Jahr ist Rostock – nach ziemlich genau 600 Jahren – endlich wieder Gastgeberstadt für einen Hansetag! Wenn sich vom 21. bis 24. Juni 2018 mehr als 2.000 Delegierte aus 16 Nationen Europas an der mecklenburgischen Ostseeküste treffen, dann repräsentieren sie nicht nur die derzeit etwa 190 Städte des Internationalen Hansebundes. Sie stehen auch für die Traditionen der interkulturellen Zusammenarbeit, des Bündelns von Interessen und des erfolgreichen Engagements für starke Städte.

Und sie feiern mit uns am 24. Juni das 800. Jubiläum unserer Stadtrechtsbestätigung. Auch die bayrischen Städte Straubing und Neustadt an der Waldnaab sowie die sächsischen Städte Stolpen und Frauenstein feiern 2018 ihr 800. Jubiläum. Dazu unsere allerherzlichsten Glückwünsche! Die Verknüpfung mit dem 600-jährigen Bestehen der Universität Rostock, das 2019 begangen wird, macht unser Doppeljubiläum jedoch einmalig. Denn die Rostocker Universität ist nach Heidelberg (1386) und Leipzig (1409) die drittälteste Universität Deutschlands mit durchgehendem Lehrbetrieb.



Koggenparade zum Hansetag  
Foto: Lutz Zimmermann



Neuer Markt in Rostock  
Foto: TZRW Nordlicht

Die rund 130 erwarteten Hansestädte werden sich in all ihrer Vielfalt präsentieren. Wie zu früheren Zeiten werden Handelsschiffe Waren aus anderen Städten nach Rostock transportieren, die mit einem historischen Holzkrane im Stadthafen entladen werden.

Beim Projekt „Youth Hanse“ kommen Jugendliche aus verschiedenen Ländern zusammen und erfahren bei einem Sail Training-Programm den Wert von Teamarbeit. Der 38. Internationale Hansetag wird ein Zeichen setzen für die Bedeutung der Zusammenarbeit von Städten auch auf europäischer Ebene.

Mit uns in Rostock feiern aber auch Gäste der Städtevereinigung des Ostseeraumes Union of the Baltic Cities, die uns anlässlich einer Konferenz im März besuchen, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 3. Internationalen Symposiums „Städte der Erinnerung – Cities of Memory“ Ende Mai, Bürgermeister und Marinevertreter der Marinehauptstädte der Welt während einer internationalen Konferenz zur Hanse Sail im August sowie Vertreterinnen und Vertreter von Archiven aus ganz Deutschland während des 88. Deutschen Archivtages Ende September.

Acht Jahrhunderte Stadtgeschichte dokumentieren eine wechselvolle Zeit. Wohl über 30 Generationen haben die Hanse- und Universitätsstadt Rostock im Laufe der acht Jahrhunderte geprägt. Viele einzelne Stationen auf dem Weg der Entwicklung unserer Stadt und unseres Gemeinwesens werden wir in den kommenden beiden Jahren in sehr unterschiedlichen Formen und Formaten näher beleuchten.

Ein leuchtendes Grün als tragende Farbe unseres Doppeljubiläums ist zu gleich die Farbe der Hoffnung und der Zukunft. Wir haben in Rostock noch viel vor und wollen die Chancen nutzen, die sich für die Zukunft unserer Stadt aus der aktuellen wirtschaftlichen Situation und der demografischen Entwicklung ergeben. Dabei steht für uns – wie vor bald 800 Jahren – die Kooperation mit anderen Städten in ganz besonderem Fokus.

Rostock ist eine wachsende Stadt. Wenn wir in wenigen Monaten unsere seit 2001 angehäuften Altschulden endgültig abgebaut haben, machen wir damit unserer Stadt zugleich das größte Geburtstags-



Festumzug zum Hansetag  
Foto: Hansestadt Stralsund

geschenk – die wieder erlangte vollständige kommunale Handlungs- und Entscheidungsfreiheit!

Roland Methling  
Oberbürgermeister der Hanse- und Universitätsstadt Rostock

## Gute Unternehmenssteuerung – Strategien und Handlungsempfehlungen für die Steuerung städtischer Beteiligungen

Verkehr, Wasser, Energie, Abfall – Die Städte und ihre Unternehmen erbringen vielfältige Leistungen der Daseinsvorsorge. Sie tun dies zuverlässig, schaffen Angebote für alle Menschen in der Stadt und sind damit ein Eckpfeiler für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Dabei werden inzwischen mehr als die Hälfte der öffentlichen Aufgaben durch ausgegliederte Einrichtungen erbracht, teilweise öffentlich-rechtlich, überwiegend privatrechtlich organisiert.

Der Steuerung dieser kommunalen Unternehmen kommt daher eine immer größere Bedeutung zu. Die Aufgaben des Beteiligungsmanagements sind breit gefächert: Verwaltung, Controlling, Geschäftsführungsangelegenheiten, Mandatsbetreuung, Berichtswesen. Der Anspruch an die Steuerung und Transparenz der Unternehmensführung bei öffentlichen Unternehmen ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Nicht zuletzt die Finanzkrise war Auslöser mehrerer Gesetzesänderungen. Dies stellt die Beteiligungssteuerung vor neue und komplexe Herausforderungen. Insbesondere in Großstädten mit einem ausgeprägten Unternehmensportfolio braucht es ein professionelles Beteiligungsmanagement. Deshalb wurde die aus dem Jahr 2009 stammende „Strategie guter Unternehmensführung“ des Deutschen Städtetages grundlegend von Experten unserer Mitgliedsstädte überarbeitet und an die veränderten Rahmenbedingungen angepasst.

Die Arbeitshilfe „Gute Unternehmenssteuerung – Strategien und Handlungsempfehlungen für die Steuerung städtischer Beteiligungen“ ist kostenfrei abrufbar im Bereich Fachinformationen, Wirtschaft unter [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de).

## Frankfurt/Oder, Słubice: Preis für gelungene Städtepartnerschaft

Die langjährige erfolgreiche Städtepartnerschaft zwischen der Deutschen Stadt Frankfurt/Oder und der polnischen Stadt Słubice wird in diesem Jahr Preisträger des Carl-Goerdeler-Preises für Kommunalpolitik. Beide Städte liegen sich am Grenzfluss Oder gegenüber und sind durch viele Brücken miteinander verbunden: auf zivilgesellschaftlicher und politischer Ebene ebenso wie ganz handfest mit der Stadtbrücke über den Fluss und grenzüberschreitenden Linien im Öffentlichen Nahverkehr. Der kommunalpolitische Preis würdigt beispielhaft umgesetzte Konzepte aus Kommunalverwaltung, die nachhaltig positive Auswirkungen auf das Leben vor Ort haben und einen Beitrag zur Stärkung der europäischen Idee leisten.

Der Preis wird in einer Festveranstaltung in Leipzig am 2. Februar überreicht. Weitere Informationen unter [www.publicgovernance.de](http://www.publicgovernance.de).

## Marburg, Neuss, Primasens: Städte sind klimaaktive Kommune 2017

Insgesamt neun „klimaaktive Kommunen“ wurden für vorbildliche Projekte im Klimaschutz und in der Klimafolgenanpassung prämiert, darunter die Städte Marburg, Neuss und Pirmasens. Neuss wurde für seine integrierte klimagerechte Planung ausgezeichnet. Dazu gehören beispielsweise Leitlinien zum Stadtklima und datenbasierte Planungskarten. Die Universitätsstadt Marburg wurde für ihren „Klimaschutzbecher to go“ prämiert. Dieser Mehrwegbecher macht in einer Kampagne auf die Umweltbelastung und Ressourcenverschwendung durch Einweg-Getränkebecher aufmerksam. Die Stadt Pirmasens setzt individuell angepasste Baumaßnahmen um und passt ihr Entwässerungssystem an die Folgen des Klimawandels aktiv an. Um Schäden durch Starkregenereignisse zukünftig zu vermeiden, werden beispielsweise naturnahe Lösungen zur Versickerung und schadlosen Ableitung von Niederschlägen geschaffen. Der Wettbewerb wird seit 2009 jährlich vom Bundesumweltministerium und dem Deutschen Institut für Urbanistik ausgelobt. Kooperationspartner sind die kommunalen Spitzenverbände. Alle Preisträger erhielten je 25.000 Euro, die für weitere klimaaktive Maßnahmen eingesetzt werden. Weitere Informationen unter [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de).

## München: Wohnungsbauprojekt erhält Preis für „Nachhaltiges Bauen“

Das genossenschaftliche Wohnungsbauprojekt wagnisART hat den von der deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen und der Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis vergebenen Preis „Nachhaltiges Bauen“ erhalten.

Das Münchener Bauprojekt überzeugte die Jury unter anderem durch eine intensive Einbindung der künftigen Bewohnerinnen und Bewohner in den Planungsprozess. Die fünf Gebäude mit 138 Wohnungen sind als zertifizierte Passivhäuser mit niedrigem Wärmebedarf, Photovoltaikanlagen auf den Dächern in Stahlbeton-Holz-Hybridbauweise errichtet worden.

Die Prämierung fand im Rahmen des 10. Deutschen Nachhaltigkeitstages in Düsseldorf statt. Der Deutsche Nachhaltigkeitspreis wird in fünf Wettbewerben in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag vergeben. Weitere Informationen unter [www.nachhaltigkeitspreis.de/wettbewerbe/bauen](http://www.nachhaltigkeitspreis.de/wettbewerbe/bauen).

## Dresden: „Zukunftsplanung ohne Geschlechterklischees“, Dokumentation

Die Landeshauptstadt Dresden hat die Dokumentation zu den Fachtagen „Zukunftsplanung ohne Geschlechterklischees“ sowie „Geschlechtergerechte Berufsorientierung – (k)ein Bildungsauftrag für die Schule!?“ veröffentlicht.

Der Fachtag „Zukunft ohne Geschlechterklischees“ richtete sich vor allem an Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, während sich die Veranstaltung „Geschlechtergerechte Berufsorientierung – (k)ein Bildungsauftrag für die Schule!“ vorwiegend an Lehrkräfte richtete.

Den Teilnehmenden beider Veranstaltungen wurde eine umfassende und komprimierte Möglichkeit eröffnet, sich fokussiert dem Thema „Geschlechtergerechte Berufsorientierung und Lebensplanung“ zu nähern. Mit Hilfe theoretischer Impulse und praxisnaher Beispiele wurden unterschiedliche Fragestellungen bearbeitet.

Die Dokumentation ist im Internet als PDF abrufbar unter <https://www.dresden.de>.



### Liefer- und Dienstleistungen – Neue Kommentare zur Vergabe

---

Mit der Vergaberechtsreform im April 2016 wurde für die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen ein neues Regelwerk erforderlich. Durch den Wegfall der bisher geltenden VOL/A wurden zahlreiche Rechtsänderungen erforderlich. Für den Bereich der Vergabe oberhalb der Schwellenwerte wurde durch den Wegfall der VOL/A 2. Abschnitt die Vergabeverordnung VgV eingeführt. Im Bereich unterhalb der Schwellenwerte ist es bei der haushaltsrechtlichen Lösung geblieben. Mit der UVgO liegt nun ein neues Regelwerk vor, das den bislang maßgeblichen Abschnitt 1 der VOL/A ablöst. Sie orientiert sich in Struktur und Inhalt an der neuen Vergabeverordnung.

Diese Rechtsänderungen greift der Kommentar von Müller und Wrede auf. Er zeichnet sich durch eine umfassende und fachliche fundierte Arbeitshilfe zur Auslegung und Anwendung der Regelwerke aus. Daneben berücksichtigt der Kommentar die aktuelle Rechtslage sowie die jüngsten Entwicklungen in Rechtsprechung und Schrifttum. Ergänzt wird die Kommentierung durch die jeweiligen amtlichen Begründungen. Die Autorinnen und Autoren sind renommierte Vergaberechtler. Der Kommentar zur VgV/UVgO einschließlich Vergabestatistikverordnung ist herausgegeben von Müller und Wrede, 1. Auflage, 2017, ISBN 978-3-8462-0556-3 und kostet 149 Euro.

Ein weiterer Kommentar zur UVgO, herausgegeben von Kulartz, Rövekamp, Portz und Prieß liegt in der 1. Auflage vor. Mit der Veröffentlichung der UVgO am 7. Februar 2017 im Bundesanzeiger, stehen für die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen im Unterschwellenbereich neue Vorschriften bereit.

Das Werk zeichnet sich durch seine praxis- und handlungsorientierten Kommentare aus. Zudem bietet dieses praxisnah Problemlösungen für vergaberechtliche Fragestellungen. Die Autoren des Kommentars sind in der Rechtsprechung oder Rechtsberatung tätige Fachleute und haben deshalb nahezu täglich mit dem Vergaberecht zu tun. Die Autoren zeigen auf, wo sich Änderungen ergeben und wie diese in der Praxis umzusetzen sind. Der Kommentar ist deshalb ein für die Praxis hilfreicher Ratgeber und Nachschlagewerk. Der Kommentar zur UVgO, herausgegeben von Kulartz, Rövekamp, Portz und Prieß, 1. Auflage 2017, ISBN 978-3-8041-5151-2, kostet 139 Euro.

### Boys‘Day 2018 am 26. April

---

Der Boys‘Day 2018 findet am Donnerstag, 26. April statt. Der Deutsche Städtetag ist Bündnispartner des Jungen-Zukunftstages. Jungen ab der 5. Klasse können dann bei einem Tagespraktikum wieder ihre Talente erproben. Unternehmen, Schulen und Hochschulen sowie Einrichtungen aus den Bereichen Bildung und Erziehung, Gesundheit, Soziale Arbeit, Jugend oder Gleichstellung laden ein. Der Boys‘Day ist ein Gewinn für alle! Bundesweit erhalten Ende April Tausende Schüler Einblicke in Berufe und Studienfächer, in denen noch wenige Männer arbeiten. Der Aktionstag setzt hier einen wichtigen Impuls: Er ermuntert Jungen über ihre Berufs- und Studienwahl sowie ihre Zukunft nachzudenken. Anbieterinnen und Anbieter nutzen den Tag außerdem, um den Fachkräftenachwuchs zu fördern. Seit dem ersten Boys‘Day 2011 belegen bereits über 37.000 durchgeführte Aktionen und rund 224.000 angebotene Plätze die erfolgreiche Gesamtbilanz des Jungen-Zukunftstages.

Neben der Berufserkundung und Mitmachaktionen können auch pädagogische Workshops zu Fragen der Lebensplanung und männlichen Rollenbildern angeboten werden. Informationen sowie weiterführende Materialien zum Thema Jungenförderung bietet das Fachportal Neue Wege für Jungs: [www.neue-wege-fuer-jungs.de](http://www.neue-wege-fuer-jungs.de).

### Sanierungsquote für kommunale Gebäude: EU-Parlament lehnt ab

---

Das Europäische Parlament hat Mitte Januar abgelehnt, die verpflichtende Sanierungsquote auf alle öffentlichen Gebäude auszuweiten. Damit folgt das Europäische Parlament einer Kernforderung des Deutschen Städtetages. Diese verpflichtende Quote hätte zu einer deutlichen finanziellen Belastung der Kommunen geführt und sich ebenfalls negativ auf den sozialen Wohnungsbau ausgewirkt. Daher hatten wir in enger Abstimmung mit den anderen kommunalen Spitzenverbänden seit längerem bei den Abgeordneten dafür geworben, keine verpflichtende Sanierungsquote für den kommunalen Gebäudebestand und den Sozialwohnungsbestand einzuführen.

Weitere Informationen finden Sie im Mitglieder-Service Extranet unter <http://extranet.staedtetag.de>.



## Deutscher Städtetag



**Dr. Helmut Fogt**, Beigeordneter des Deutschen Städtetages und des Städtetages Nordrhein-Westfalen, wurde Anfang Dezember 2017 nach 17 Jahren herzlich verabschiedet. Nach Stationen im Bundesministerium des Innern und bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurde er im

Jahr 2000 zum Beigeordneten für Personal und Organisation gewählt, später Recht und Verwaltung. Seine Tätigkeit von Mitte 2004 bis Mitte 2006, als er auch für den Bereich „Soziales“ zuständig war, fiel in die Hochphase der sogenannten „Hartz-Reformen“. Als „versierter Experte und akribischer Arbeiter in arbeitsreicher Zeit“ begleitete er die kommunale Seite durch diesen schwierigen Prozess, würdigte Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy diese Wegmarke während der langjährigen Tätigkeit von Dr. Helmut Fogt für den kommunalen Spitzenverband. Auch während der Föderalismusreform und der starken Flüchtlingszuwanderung setzte sich Dr. Helmut Fogt mit großem Engagement, und wenn nötig auch hartnäckig, für die Interessen der Städte ein. Die konstruktive Zusammenarbeit mit den Schwesterverbänden war ihm ein wichtiges Anliegen.



Zum 1. Februar hat **Dr. Uda Bastians** ihr Amt als Beigeordnete für Recht und Verwaltung beim Deutschen Städtetag und Städtetag Nordrhein-Westfalen angetreten. Vor ihrer Wahl war die Juristin seit 2007 als Referentin im Dezernat für Arbeit, Jugend, Gesundheit und Soziales im Deutschen

Städtetag und Städtetag Nordrhein-Westfalen tätig. Ihre Laufbahn begonnen hatte sie beim Landkreistag Brandenburg und als Referentin im damaligen Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung sowie später im Bundesministerium für Arbeit und Soziales.



**Walter Leitermann** wurde nach 33 Jahren im Dienst des Deutschen Städtetages und des Städtetages Nordrhein-Westfalen herzlich verabschiedet. Er hat seit 1984 die kommunale Europa- und Auslandsarbeit beim Deutschen Städtetag koordiniert und weiterentwickelt. Hauptgeschäftsführer

Helmut Dedy würdigte Leitermann als „inhaltlich versiert und humorvoll“ – er habe die Städte in Brüssel souverän vertreten. Von 1984 bis 1994 war er Sekretär der deutschen Delegation beim Kongress der Gemeinden und Regionen Europas des Europarates. 2002 wurde er Leiter des Europabüros des Deutschen Städtetages, zudem war er seit 1995 stellvertretender Generalsekretär der Deutschen Sektion des RGRE (Rat der Gemeinden und Regionen Europas). Zusätzlich war er von 2008 bis 2010 Koordinator der deutschen Delegation im Ausschuss der Regionen.



**Christoph Köppchen** ist der Nachfolger von Walter Leitermann und seit 1. Dezember 2017 Leiter der Abteilung Europa und Ausland sowie Leiter des Europabüros des Deutschen Städtetages in Brüssel. Zugleich ist er Stellvertretender Generalsekretär der Deutschen Sektion des RGRE (Rat der

Gemeinden und Regionen Europas). Zuvor war er bei Europäischen Verbänden in Brüssel und in der freien Wirtschaft tätig.



**Helga Hentschel**, Abteilungsleiterin in der Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, ist die neue Vorsitzende des Ausschusses für Frauen und Gleichstellungsangelegenheiten des Deutschen Städtetages. Sie folgt auf Ulrike Hauffe, Landesbeauftragte a. D.

der Bremer Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung, die nach 17 Jahren als Ausschussvorsitzende in den Ruhestand verabschiedet wurde.

## Neu im Amt



**Hessischer Städtetag:** Der Bürgermeister und Stadtkämmerer der Stadt Frankfurt am Main, **Uwe Becker** (CDU), ist zum neuen Präsidenten des Hessischen Städtetages gewählt worden. Er folgt auf Patrick Burghardt (CDU), Oberbürgermeister der Stadt Rüsselsheim am Main, der seit

2016 den Verband führte.



**Niedersächsischer Städtetag:** **Dr. Jan Arning** ist neuer Hauptgeschäftsführer des Niedersächsischen Städtetages. Der Jurist war seit 2014 Geschäftsführer im Niedersächsischen Städtetag. Er folgt auf Heiger Scholz, der im November 2017 zum Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung ernannt wurde.



**Freie und Hansestadt Hamburg:** **Daniel Singh** ist neuer Geschäftsführer der Landesgeschäftsstelle des Deutschen Städtetages bei der Freien und Hansestadt Hamburg. Er folgt auf Friedrich-Eugen Bukow, der im Februar 2017 in den Ruhestand gegangen ist.

## Wiederwahl



**Lindau:** **Dr. Gerhard Ecker**, Oberbürgermeister der Stadt Lindau, wurde in seinem Amt bestätigt. Der Sozialdemokrat hat das Spitzenamt seit dem Jahr 2012 inne.

## Geburtstage



Die Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Saarbrücken, **Charlotte Britz**, feiert am 27. Februar ihren 60. Geburtstag. Die Sozialdemokratin ist seit 2015 Stellvertreterin des Präsidenten des Deutschen Städtetages. Seit 2013 engagiert sie sich im Präsidium und seit 2004 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. An der Spitze der Landeshauptstadt Saarbrücken steht Britz seit 2004.



**Burkhard Jung**, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, wird am 7. März 60 Jahre alt. Der Sozialdemokrat ist seit 2013 Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Städtetages. Er wurde 2007 ins Präsidium gewählt und gehört seit 2006 dem Hauptausschuss des Deutschen Städtetages an.

Seit 2006 ist er Oberbürgermeister der Stadt Leipzig.



Der Bürgermeister der Stadt Herford, **Tim Kähler**, feiert am 14. März seinen 50. Geburtstag. Der Sozialdemokrat hat seit 2014 das Spitzenamt der Hansestadt inne.



**Werner Spec** (parteilos), Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg, wird am 1. Februar 60 Jahre alt. Er führt die Stadt seit dem Jahr 2003.

Fotos: David Ausserhofer; privat; privat; privat; privat; Leandra Weber; Niedersächsischer Städtetag; Inga Sommer; Foto Morgana; Iris Maurer; Stadt Leipzig; Rainer Justen; Hansestadt Herford; Stadt Ludwigsburg.



**SERVICESTELLE**  
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT





**SIND SIE INTERESSIERT?**  
Machen Sie mit bei einem  
Einstiegersseminar für kom-  
munale Entwicklungspolitik!

Kontakt:  
katerin.blume@engagement-global.de  
Telefon +49 228 20717-615

© Andreas Grasser  
Bundesweiter Wettbewerbswettbewerb „Kommune bewegt Welt“


## EINE WELT BEGINNT VOR ORT

Die **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)** steht Kommunen in Deutschland als Partner in allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite. Dabei beraten, informieren und fördern wir sie in unseren Zukunftsthemen

-  **Fairer Handel und Faire Beschaffung**
-  **Global Nachhaltige Kommune**
-  **Kommunale Partnerschaften und internationale Kommunalbeziehungen**
-  **Migration und Entwicklung**



Die **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)** ist Teil von ENGAGEMENT GLOBAL und arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.  
**ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH | Service für Entwicklungsinitiativen** | Tulpenfeld 7 | 53113 Bonn  
www.engagement-global.de  
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: [www.service-eine-welt.de](http://www.service-eine-welt.de) | [info@service-eine-welt.de](mailto:info@service-eine-welt.de)

Im Auftrag des  
 **Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung**



### Bildung

#### 1. Bibliothekspolitischer Bundeskongress

Kongress des Deutschen Bibliotheksverbandes e.V. (dbv)  
in Kooperation mit der Staatsbibliothek zu Berlin  
1. und 2. März 2018 in Berlin

Weitere Informationen unter [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)

### Stadtentwicklung

#### 10. Wohnungsbau-Tag 2018

Konferenz des Deutschen Mieterbundes, der IG BAU, den Immobilienverbänden BFW und GdW, dem Deutschen Baugewerbe sowie der DGfM und dem BDB  
1. März 2018 in Berlin

Weitere Informationen unter [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)

### Umwelt

#### Kommunale Überflutungsvorsorge – Planer im Dialog

Fachtagung des Difu in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag und der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V.  
26. Februar 2018 in Hamburg

Weitere Informationen unter [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)

### Verkehr

#### Elektrobusse – Markt der Zukunft

9. VDV-Akademie Konferenz  
6. bis 7. März 2018 in Berlin

Weitere Informationen unter [www.vdv-akademie.de](http://www.vdv-akademie.de)

### Verwaltung

#### Digitaler Staat

Verwaltungskongress des Behörden Spiegel  
20. und 21. März 2018 in Berlin

Weitere Informationen unter [www.digitaler-staat.org](http://www.digitaler-staat.org)

### Integration

#### Städte l(i)eben Vielfalt!

5. Integrationskonferenz des Deutschen Städtetages  
mit Unterstützung der Robert Bosch Stiftung  
21. März 2018 in Stuttgart

Weitere Informationen unter [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)

ISSN: 2193-5491

Berlin/Köln, Februar 2018

Herausgeber: Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin, Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18–32, 50670 Köln, Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: [post@staedtetag.de](mailto:post@staedtetag.de), Internet: [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de), [@staedtetag](https://twitter.com/staedtetag)

Geschäftsführendes Präsidialmitglied Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Daniela Schönwälder

Gestaltung: Elke Postler Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef,

Telefon: 02224/1874-510, Fax: 02224/1874-495, E-Mail: [diederichs@medeya.de](mailto:diederichs@medeya.de)